

Vertrag über die Überlassung von Standardsoftware* auf Dauer

Inhaltsangabe

1	Gegenstand, Vergütung und Bestandteile des Vertrages	2
1.1	Vertragsgegenstand	2
1.2	Vertragsbestandteile	3
2	Dauerhafte Überlassung von Standardsoftware* (Verkauf)	3
2.1	Abweichende Nutzungsrechte	4
2.2	Art der Lieferung der Standardsoftware*	4
3	Fälligkeit und Zahlung	4
4	Rechnungsadresse	4
5	Ansprechpartner	4
6	Kopier- oder Nutzungssperre*/besondere technische Merkmale	4
7	Mängelhaftung bei Überlassung der Standardsoftware* (Gewährleistung)	5
7.1	Verjährungsfrist für Mängelansprüche (Gewährleistungsfrist)	5
7.2	Mängelmeldung	5
8	Hotline	5
9	Abweichende Haftungsregelungen / Haftung für entgangenen Gewinn	5
10	Vertragsstrafen bei Überlassung der Standardsoftware*	5
11	Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit	5
12	Erfüllungs- und Lieferort	5
13	Sonstige Vereinbarungen	6
13.1	Verschwiegenheit	6
13.2	Umsatzsteuer	6
13.2.1	Umsatzsteuer für Leistungen, die bis zum 31.12.2024 erbracht werden	6
13.2.2	Umsatzsteuer für Leistungen, die ab dem 01.01.2025 erbracht werden	6
13.3	Hamburgisches Transparenzgesetz	6
13.3.1	<input type="checkbox"/> Erklärung der Nichtveröffentlichung	6
13.3.2	<input type="checkbox"/> Erklärung der Veröffentlichung und Rücktrittsrecht nach HmbTG	6
13.3.3	Erteilung von Auskünften	7
13.4	Ablösungen von Vereinbarungen/ Vorvereinbarungen	7
13.5	Abzulösende Verträge	7
13.6	Verwendung der vertraglichen Leistungen	7

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer V18704-1/2205000

Vertrag über die Überlassung von Standardsoftware* auf Dauer

zwischen

Der Hamburgerische Beauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit
Ludwig-Erhard-Str. 22
20459 Hamburg

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber: _____

— im Folgenden „Auftraggeber“ genannt —

und

Dataport
Anstalt des öffentlichen Rechts
Altenholzer Straße 10-14
24161 Altenholz

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer: V18704-1/2205000

— im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt —

wird folgender Vertrag geschlossen:

1 Gegenstand, Vergütung und Bestandteile des Vertrages

1.1 Vertragsgegenstand

Gegenstand des EVB-IT Überlassungsvertrages ist die Überlassung von Standardsoftware* auf Dauer (Verkauf).

VIS-Suite-Lizenzen

1. Änderung: Aufnahme Ausführungen Aussonderungsmodul

1.1.1 VIS-Lizenz Pflege

Die im Rahmen der Überlassung der VIS-Lizenz entstehenden VIS-Lizenz-Pflegekosten werden im Vertrag V18701-1 entsprechend als Bestandskosten berücksichtigt.

1.1.2 Umfang

Dem Auftraggeber werden für die nachfolgend aufgeführten Komponenten alle für den Betrieb und die Nutzung erforderlichen Nutzungsrechte (Ziffer 3 EVB-IT Überlassung-AGB) eingeräumt.

Der Umfang der VIS-Suite-Lizenz umfasst folgende Komponenten:

- Serverlizenz
- CAL
- SmartClient
- VIS Add-On Multiformatviewer
- VIS Add-On Formatkonverter
 - o Clientkomponente
 - o Serverkomponente

VIS-Suite-Lizenz

Wenn die Software nicht durch den Auftragnehmer betrieben wird, muss mindestens ein Mitarbeiter des Betreibers direkt bei der [REDACTED] eine dreitägige Schulung zur technischen VIS-Verfahrensadministration besuchen und mit einem Zertifikat abschließen. Er kann sich dann die Software selber im [REDACTED] Portal herunterladen. Die Schulung kann über den Einkauf des Auftragnehmers bezogen werden. Nach dem Erhalt des Zertifikates ist die Software herunterzuladen:

Download-Bereich: [REDACTED]

1.2 Vertragsbestandteile

Es gelten als Vertragsbestandteile:

1.2.1 dieser Vertragstext bestehend aus den Seiten 1 bis 7 und den folgenden Anlagen:

Anlagen			
Anlage Nr.	Bezeichnung	Datum/Version	Anzahl Seiten
1	2	3	4
1	Ansprechpartner	-	1
2	Preisblatt Aufwände	6.0/ 25.03.2024	1
3	Datenschutzrechtliche Festlegung des Auftraggebers	2.1	2
4	Leistungsbeschreibung	1.0/ 26.03.2024	4

☒ Es gelten die Anlagen in folgender Rangfolge 1, 2, 3, 4.

1.2.2 Allgemeine Vertragsbedingungen von Dataport (AVB) in der jeweils geltenden Fassung**1.2.3 die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Überlassung von Standardsoftware* auf Dauer (EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A)) in der in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung****1.2.4 sowie nachrangig die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Versand der Vergabeunterlagen geltenden Fassung.**

Die EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) stehen unter <http://www.cio.bund.de>, die VOL/B unter <http://www.bmwi.de> und die AVB von Dataport unter www.dataport.de zur Einsichtnahme bereit. zur Einsichtnahme bereit.

Eine Einbeziehung von Lizenzbedingungen an Standardsoftware* erfolgt ausschließlich nach Maßgabe der Nummer 2.1, d.h. sie gelten ausschließlich hinsichtlich der Nutzungsrechtsregelungen und insbesondere in der dort vereinbarten Rangfolge der Regelungen, unabhängig davon, ob und in welcher Rangfolge diese als Anlage in der Tabelle aus Nr. 1.2.1 aufgelistet werden.

Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung. Die vereinbarten Vergütungen verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht.

2 Dauerhafte Überlassung von Standardsoftware* (Verkauf)

Dem Auftraggeber wird vom Auftragnehmer nachstehend aufgeführte Standardsoftware* überlassen:

Lfd. Nr.	Produktbezeichnung und -beschreibung, Produkt-Nr. (inklusive Lizenzart)	Menge	EXP ¹	Anzahl Sicherungskopien	Version ²	Liefertermin	Abweichende Nutzungsrechte ³ gemäß Anlage Nr.		
								Einzelpreis	Gesamtpreis
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

1	Gemäß Anlage 2								
---	----------------	--	--	--	--	--	--	--	--

- 1 US = Standardsoftware* unterliegt US-amerikanischen Exportkontrollvorschriften
EU = Standardsoftware* unterliegt EU-Exportkontrollvorschriften
DT = Standardsoftware* unterliegt deutschen Exportkontrollvorschriften
S = Standardsoftware* unterliegt _____ Exportkontrollvorschriften
- 2 A = Überlassung der im Lieferzeitpunkt aktuellen Version, anderenfalls Versionsnummer eintragen
- 3 Zu den abweichenden Nutzungsrechten in Spalte 8. Die hier bezeichnete Anlage ist entweder eine Nutzungsrechtsmatrix gemäß Muster 2 oder eine vom Auftraggeber selbst erstellte Rechterege lung, keinesfalls bezieht sie sich aber auf Lizenzbedingungen des Herstellers der Standardsoftware*. In der Nutzungsrechtsmatrix erhält der Auftragnehmer im Rahmen der Vorgaben des Auftraggebers die Möglichkeit, von Ziffer 3.1 EVB-IT Überlassungs-AGB (Typ A) abweichende Nutzungsrechte an der Standardsoftware* einzuräumen. In der vom Auftraggeber selbst erstellten Rechterege lung (in der Regel die Leistungsbeschreibung) legt der Auftraggeber den Mindestumfang an Rechten fest, den er an der Standardsoftware* erwerben will (z.B. Volumenlizenz, keine OEM-Lizenz etc.), wenn er die Nutzungsrechtsmatrix nicht nutzt. Die Nutzungsrechtsregelungen aus den Lizenzbedingungen für die jeweilige Standardsoftware* gelten jeweils nachrangig (siehe Nummer 2.1). Bei abweichenden Nutzungsrechten sind weitere Einträge in Nummer 2.1 erforderlich.

2.1 Abweichende Nutzungsrechte

- ☐ Es gelten bezüglich der Nutzungsrechte an der jeweiligen Standardsoftware* Nummer 2 lfd. Nr. _____ in der folgenden Rangfolge:
- Nutzungsrechtsmatrizen oder sonstige Rechterege lungen des Auftraggebers (gemäß Nummer 2, Spalte 8),
 - Ziffer 3.1 EVB-IT Überlassungs-AGB (Typ A),
 - die Nutzungsrechtsregelungen aus den jeweiligen Lizenzbedingungen in Anlage Nr. _____. Die jeweiligen Nutzungsrechtsregelungen gelten aber nur, soweit sie den sonstigen vertraglichen Regelungen weder entgegenstehen noch diese beschränken.

2.2 Art der Lieferung der Standardsoftware*

Der Auftragnehmer liefert dem Auftraggeber die Standardsoftware* wie folgt:

- ☐ gemäß Tabelle in Nummer 2 lfd. Nr. _____ auf Datenträger: Typ: _____, Kennzeichnung: _____.
- ☒ gemäß Tabelle in Nummer 2 lfd. Nr. 1 in folgender Form: Download (z.B. durch Bereitstellung zum Download*).
- ☐ gemäß Tabelle in Nummer 2 lfd. Nr. _____, wie in Anlage Nr. _____ beschrieben.

3 Fälligkeit und Zahlung

- ☒ Die Überlassungsvergütung ist abweichend von Ziffer 4.1 EVB-IT Überlassungs-AGB (Typ A) fällig 14 Tage nach Rechnungseingang.
- ☐ und ist abweichend von Ziffer 4.2 EVB-IT Überlassungs-AGB (Typ A) nicht 30 Tage sondern _____ Tage nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung zu zahlen.

4 Rechnungsadresse

Rechnungen sind an folgende Anschrift zu richten: Gemäß Anlage 1

5 Ansprechpartner

Ansprechpartner des Auftraggebers (Name, Adresse, Abteilung, Telefon, Fax, E-Mail):

Gemäß Anlage 1

Ansprechpartner des Auftragnehmers (Name, Adresse, Abteilung, Telefon, Fax, E-Mail):

Gemäß Anlage 1

6 Kopier- oder Nutzungssperre*/besondere technische Merkmale

- ☒ Die Leistungen des Auftragnehmers weisen keine Kopier- oder Nutzungssperren* auf.
- ☐ Die Leistungen des Auftragnehmers weisen folgende Kopier- oder Nutzungssperren* auf: _____. Näheres siehe Anlage Nr. _____.
- ☐ Die Leistungen des Auftragnehmers weisen folgende technische Merkmale **nicht** auf: _____. Näheres siehe

Anlage Nr. _____.

7 Mängelhaftung bei Überlassung der Standardsoftware* (Gewährleistung)**7.1 Verjährungsfrist für Mängelansprüche (Gewährleistungsfrist)**

- ☐ Anstelle der in Ziffer 7.2 EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) geregelten zwölfmonatigen Verjährungsfrist für Mängelansprüche tritt die gesetzliche Frist von 24 Monaten.
- ☐ Anstelle der in Ziffer 7.2 EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) geregelten zwölfmonatigen Verjährungsfrist für Mängelansprüche tritt die eine Frist von _____ Monaten.
- ☐ Anstelle der in Ziffer 7.2 EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) geregelten zwölfmonatigen Frist für den Rücktritt bezogen auf die Standardsoftware* tritt eine _____ monatige Frist.
- ☐ Die Verjährungsfristen für Sach- und Rechtsmängel ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

7.2 Mängelmeldung

- ☐ Die Mängelmeldung erfolgt abweichend von Ziffer 7.5 EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ Die Mängelmeldung erfolgt an (z.B. Postanschrift, Telefon, Fax, E-Mail oder Anlage Nr.): _____

8 Hotline

- ☒ Der Auftragnehmer gewährt eine telefonische Unterstützung (Hotline) bis zum Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche (Gewährleistungsfrist) zu den Zeiten und gemäß den Bedingungen aus dem Vertrag V18701-1 (sowie dessen Nachfolgeverträgen)
- ☒ in deutscher Sprache.
- ☐ zu den in Anlage Nr. _____ festgelegten Zeiten in englischer Sprache.

9 Abweichende Haftungsregelungen / Haftung für entgangenen Gewinn

- ☐ Abweichend von Ziffer 9.2 EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) haftet der Auftragnehmer bei leicht fahrlässig verursachtem Verzug in Höhe von maximal 100 % der Haftungsobergrenze gemäß Ziffer 9.1 EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A).
- ☐ Abweichend von Ziffer 9.4 EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) haftet der Auftragnehmer auch für entgangenen Gewinn.
- ☐ Abweichend von Ziffer 9.1 - 9.5 EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) gelten für die Haftung die Regelungen gemäß Anlage Nr. _____.

10 Vertragsstrafen bei Überlassung der Standardsoftware*

- ☐ Ergänzend zu bzw. abweichend von Ziffer 5.3 EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) wird die Vertragsstrafenregelung gemäß Anlage Nr. _____ vereinbart.
- ☐ Für jeden Verstoß gegen Ziffer 2.3 der EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) wird eine Vertragsstrafe in Höhe von _____ Euro vereinbart. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer den Verstoß nicht zu vertreten hat.
- ☒ Eine Vertragsstrafe wird ausgeschlossen.

11 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit

- ☐ Ergänzend zu bzw. abweichend von Ziffer 10 EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) ergeben sich Regelungen zur Geheimhaltung bzw. zur Sicherheit aus Anlage Nr. _____.
- ☐ Die Parteien treffen Vereinbarungen zum Datenschutz gemäß Anlage Nr. _____.

12 Erfüllungs- und Lieferort

- ☒ Erfüllungsort ist Der Hamburgerische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg.
- ☐ Lieferort (falls abweichend vom Erfüllungsort) ist _____.

13 Sonstige Vereinbarungen**13.1 Verschwiegenheit**

Die Vertragspartner vereinbaren über die Vertragsinhalte Verschwiegenheit, soweit gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen.

13.2 Umsatzsteuer**13.2.1 Umsatzsteuer für Leistungen, die bis zum 31.12.2024 erbracht werden**

Die aus diesem Vertrag seitens des Auftragnehmers zu erbringenden Leistungen unterliegen in Ansehung ihrer Art, des Zwecks und der Person des Auftraggebers zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht der Umsatzsteuer. Sollte sich durch Änderungen tatsächlicher oder rechtlicher Art oder durch Festsetzung durch eine Steuerbehörde eine Umsatzsteuerpflicht ergeben und der Auftragnehmer insoweit durch eine Steuerbehörde in Anspruch genommen werden, hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer die gezahlte Umsatzsteuer in voller Höhe zu erstatten, gegebenenfalls auch rückwirkend.

13.2.2 Umsatzsteuer für Leistungen, die ab dem 01.01.2025 erbracht werden

Die aus diesem Vertrag seitens des Auftragnehmers zu erbringenden Leistungen unterliegen ab dem 01.01.2025 der Umsatzsteuer, soweit sie nicht aufgrund einer gesetzlichen Bestimmung (Bsp. § 20 Abs. 3 FVG oder § 126 GBO) nur von juristischen Personen des öffentlichen Rechts erbracht werden dürfen (§ 2b Abs. 3 Nr. 1 UStG). Der Auftragnehmer hat die Option gem. § 27 Abs. 22 UStG zur Anwendung des § 2b UStG genutzt, so dass die Anwendung des bisherigen Rechts (§ 2 Abs. 3 in der am 31.12.2015 geltenden Fassung) zum 31.12.2024 ausläuft. Der Auftragnehmer wird die Umsatzsteuer für alle Leistungen ausweisen, für die keine gesetzliche Grundlage der Nichtsteuerbarkeit ab dem 01.01.2025 vorliegt. Sollte der Auftragnehmer Leistungen ohne Umsatzsteuer ausgewiesen haben und sich durch Änderungen tatsächlicher oder rechtlicher Art oder durch Festsetzung durch eine Steuerbehörde dennoch eine Umsatzsteuerpflicht ergeben und der Auftragnehmer insoweit durch eine Steuerbehörde in Anspruch genommen werden, hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer die gezahlte Umsatzsteuer in voller Höhe zu erstatten, gegebenenfalls auch rückwirkend.

13.3 Hamburgisches Transparenzgesetz

Die Vertragspartner vereinbaren über die Vertragsinhalte Verschwiegenheit, soweit gesetzliche Bestimmungen wie insbesondere das Hamburgische Transparenzgesetz (HmbTG) dem nicht entgegenstehen. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein. Der Auftraggeber erklärt durch Ankreuzen, ob dieser Vertrag bei Vertragsschluss nach dem HmbTG veröffentlicht werden soll. Dieser Vertrag wird nur wirksam, wenn bei Nr. 15.3.1 oder Nr. 15.3.2 ein Kreuz gesetzt wird.

13.3.1 ☐ Erklärung der Nichtveröffentlichung

Der Auftraggeber erklärt mit Auswahl dieser Option, dass er diesen Vertrag zurzeit nicht im Informationsregister veröffentlichen wird. Sollte der Auftraggeber zu einem späteren Zeitpunkt eine Veröffentlichung vorsehen, so wird er den Auftragnehmer hierüber unverzüglich informieren und alle notwendigen Schritte einleiten, damit vertrauliche Informationen (insbesondere personenbezogene Daten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) nicht an Dritte herausgegeben bzw. veröffentlicht werden.

13.3.2 ☒ Erklärung der Veröffentlichung und Rücktrittsrecht nach HmbTG

Der Auftraggeber erklärt mit Auswahl dieser Option, dass er diesen Vertrag bei Vertragsschluss im Informationsregister veröffentlichen wird. Er wird alle notwendigen Schritte einleiten, damit vertrauliche Informationen (insbesondere personenbezogene Daten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) nicht an Dritte herausgegeben bzw. veröffentlicht werden.

Der Auftraggeber kann von diesem Vertrag bis einen Monat nach Veröffentlichung im Informationsregister ohne Angabe von Gründen zurücktreten.

Der Auftraggeber verpflichtet sich, unverzüglich nach Vertragsschluss die Veröffentlichung im Informationsregister zu veranlassen und teilt dem Auftragnehmer das Datum der Veröffentlichung mit.

Macht der Auftraggeber vom Rücktrittsrecht Gebrauch, so gilt für den Fall, dass der Auftragnehmer schon vor Ablauf der Rücktrittsfrist mit der Durchführung des Vertrages beginnt, Folgendes:

- a) Die beiderseits erbrachten Leistungen sind zurück zu gewähren.
- b) Ist eine Rückgewähr nicht möglich, so leistet der Auftraggeber Wertersatz.
 - Für die Berechnung des Wertersatzes gelten die in dem Vertrag genannten Leistungsentgelte.

- Aufwände, für die kein Leistungsentgelt ausgewiesen ist, sind nach dem jeweils gültigen Stundensatz zu vergüten, wenn und soweit sie für die Erfüllung des Vertrages erforderlich waren. Dies gilt vor allem für vorbereitende Tätigkeiten.
- Für gelieferte Hard- und Software wird das volle Leistungsentgelt erstattet. Verschlechterungen, auch wenn sie durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme entstehen, bleiben bei der Wertermittlung außer Betracht. Die Pflicht zum Wertersatz entfällt, soweit der Auftragnehmer die Verschlechterung oder den Untergang zu vertreten hat oder der Schaden gleichfalls bei ihm eingetreten wäre.
- c) Hat der Auftragnehmer zur Erfüllung des Vertrages verbindliche Bestellungen bei Lieferanten oder Unterauftragnehmern vorgenommen, die weder storniert noch von dem Auftragnehmer anderweitig verwendet werden können, so nimmt der Auftraggeber die entsprechenden Lieferungen oder Leistungen gegen Zahlung des mit dem Lieferanten oder Unterauftragnehmer vertraglich vereinbarten Preises ab. Dies gilt jedoch dann nicht, wenn sich die Lieferung aus von dem Auftragnehmer zu vertretenden Gründen verschlechtert hat oder untergegangen ist. Der Auftragnehmer setzt sich in jedem Fall nach Kräften für eine Minimierung des Schadens ein.
- d) Im Übrigen finden die Bestimmungen der §§ 346 ff BGB entsprechende Anwendung, soweit sich nicht aus den vorstehenden Regelungen etwas anderes ergibt.

13.3.3 Erteilung von Auskünften

Sollte der Auftraggeber zu irgendeinem Zeitpunkt die Erteilung einer Auskunft an eine antragstellende Person vorsehen, so wird er den Auftragnehmer hierüber unverzüglich informieren und alle notwendigen Schritte einleiten, damit vertrauliche Informationen (insbesondere personenbezogene Daten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) nicht an Dritte herausgegeben bzw. veröffentlicht werden, der Auftragnehmer wird hierzu dem Auftraggeber einen Schwärzungsvorschlag unterbreiten.

13.4 Ablösungen von Vereinbarungen/ Vorvereinbarungen

Mit diesem Vertrag wird eine etwaige Vorvereinbarung abgelöst. Rechte und Pflichten der Vertragsparteien bestimmen sich ab dem Zeitpunkt seines Wirksamwerdens ausschließlich nach diesem Vertrag.

13.5 Abzulösende Verträge

Dieser Vertrag ersetzt den Vertrag V18704 und führt dessen Leistungen fort, soweit diese nicht durch Erfüllung oder auf sonstiger Weise erledigt sind.

13.6 Verwendung der vertraglichen Leistungen

Der Auftraggeber bestätigt, dass die in diesem Vertrag bezogenen Leistungen durch den Auftraggeber

- ausschließlich im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit/ seiner öffentlich-rechtlichen Aufgabenwahrnehmung,
- nicht in einem Betrieb gewerblicher Art und
- nicht im Rahmen von Vermögensverwaltung (z.B. Vermietung) genutzt werden.

Hamburg

Ort

Auftragnehmer

, 04.04.2024

Datum

Ort

Auftraggeber

Datum

Ansprechpartner
zum Vertrag über die Beschaffung von IT-Dienstleistungen

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber:

Auftraggeber:

**Der Hamburgerische Beauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit
Ludwig-Erhard-Str. 22
20459 Hamburg**

Rechnungsempfänger:

**Der Hamburgerische Beauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit
22222 Hamburg**

Leitweg-ID

02000000-KHDSB00001-79

Der Rechnungsempfänger ist immer auch der Mahnungsempfänger.

**Zentrale Ansprechpartner des
Auftragnehmers:**

**Vertragliche Ansprechpartner
des Auftraggebers:**

**Fachliche Ansprechpartner des
Auftraggebers:**

**Technische Ansprechpartner
des Auftraggebers:**

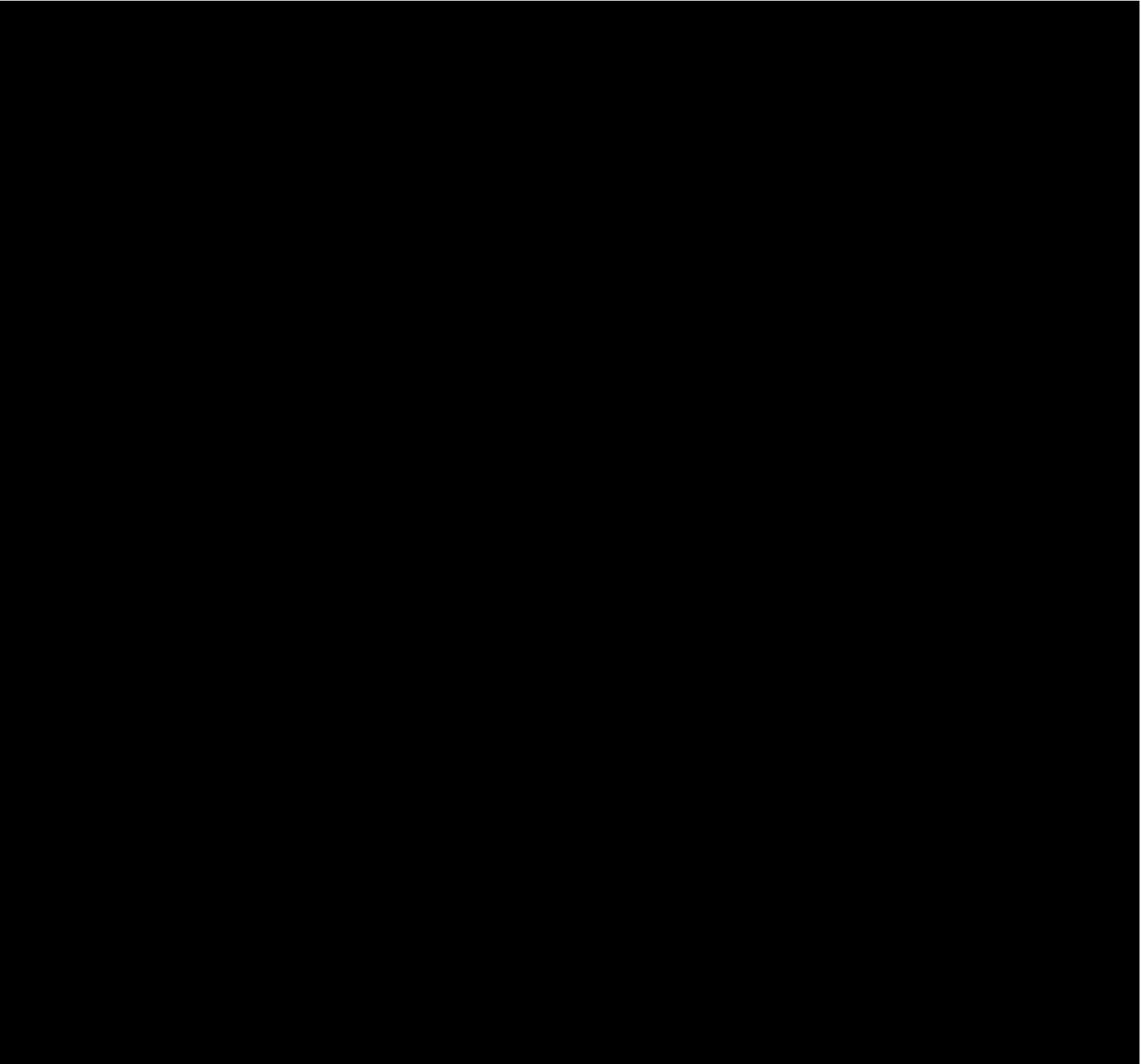
Ändern sich die Ansprechpartner in dieser Anlage, wird die Anlage gem. EVB-IT Vertrag ohne die Einleitung eines Änderungsvertrages ausgetauscht.

Ort _____, Datum _____

Preisblatt Aufwände
Gültig ab dem 01.03.2024

Für die vom Auftragnehmer zu erbringenden Dienstleistungen
zahlt der Auftraggeber folgende Entgelte:

 20.000,00 €.



IAP-Nummer: 35249
(wird von Dataport ausgefüllt)

Anlage Datenschutzrechtliche Festlegung des Auftraggebers

Angaben des Verantwortlichen gem. Art. 28 DSGVO zur Auftragsverarbeitung¹

Für die Verarbeitung der in Rede stehenden personenbezogenen Daten gelten folgende Datenschutzregelungen:	
Verordnung (EU) 2016/679 (DSGVO)	<input type="checkbox"/>
Zusätzlich folgende bundes- bzw. landesrechtliche Regelungen (bitte Gesetz bzw. VO benennen)	<input type="checkbox"/>
Folgende bundes- bzw. landesrechtliche Regelungen zur Umsetzung der RiLi (EU) 2016/680 ² (bitte Gesetz bzw. VO benennen)	<input type="checkbox"/>
Es findet keine Verarbeitung personenbezogener Daten statt	<input checked="" type="checkbox"/>

1.	Art und Zweck der Verarbeitung <small>(siehe z. B. Art. 28 Abs. 3 S. 1 DSGVO)</small>

¹ Es handelt sich hierbei um gesetzliche Muss-Angaben sowohl bei Auftragsverarbeitung, die der Verordnung (EU) 2016/679 (DSGVO) unterliegt wie auch bei Auftragsverarbeitung, welche den bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 unterliegt. Diese Angaben sind in gleicher Form gesetzlicher Muss-Bestandteil des vom Verantwortlichen zu erstellenden Verzeichnisses aller Verarbeitungstätigkeiten (vgl. Art. 30 Abs.1 DSGVO bzw. die inhaltlich entsprechenden Bestimmungen im BDSG und in den LDStG'en zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680.

Als Hilfestellung zum Ausfüllen siehe daher:

https://www.datenschutzkonferenz-online.de/media/ah/201802_ah_verzeichnis_verarbeitungstaetigkeiten.pdf

² Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung, einschließlich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

IAP-Nummer:35249

(wird von Dataport ausgefüllt)

2.	Beschreibung der Kategorien von personenbezogenen Daten (siehe z. B. Art. 28 Abs. 3 S. 1 DSGVO bzw. Art. 30 Abs. 1 S. 2 lit. c)
	darunter folgende Kategorien besonderer personenbezogener Daten (siehe z. B. Art. 9 Abs.1 DSGVO)
3.	Beschreibung der Kategorien betroffener Personen (siehe z. B. Art. 28 Abs. 3 S. 1 DSGVO)
4.	Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation (siehe z. B. Art. 30 Abs. 1 S. 2 lit. e DSGVO)

Leistungsbeschreibung zur Überlassung von dE-Akte Lizenzen

Allgemeiner Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden in diesem Dokument keine geschlechtsspezifischen Genera verwendet. Bei Nennung nur einer grammatikalischen Form sind grundsätzlich immer sowohl weibliche, männliche als auch diverse Personen gemeint.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Rahmenbedingungen	3
3	Leistungsbeschreibung / Leistungsumfang	3
3.1	Leistungsumfang	3
3.2	Leistungsbeschreibung.....	3
3.2.1	Optionale Lizenzen (gemäß Preisblatt 2)	3
3.3	Abruf der optionalen Lizenzen	4
3.4	Abrechnungsmodalitäten	4

1 Einleitung

Dieses Dokument regelt die Rahmenbedingungen zum Abruf von Lizenzen aus dem bezeichneten EVB-IT Vertrag gemäß dem zugrundeliegenden Preisblatt 2.

Um die Funktionen von VIS zu erweitern, werden unterschiedliche Module angeboten, welche über das Preisblatt 2 abrufbar sind.

2 Rahmenbedingungen

Die vom Auftragnehmer zugesagten Leistungen erfolgen auf Anforderung des Auftraggebers. Die Leistung des Auftragnehmers erfolgt nach dieser Anforderung durch die Bereitstellung der entsprechenden Lizenz.

3 Leistungsbeschreibung / Leistungsumfang

3.1 Leistungsumfang

Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber im Rahmen des gültigen Vertrages und im Rahmen des vom Auftraggeber jeweils bestellten Umfangs VIS Lizenzen sowie optionale Lizenzen zur Nutzung bereit.

Die VIS-Suite besteht aus Bausteinen, die entsprechend der Anforderungen des Auftraggebers ausgewählt und zu einer homogenen Lösung zusammengestellt werden können.

Ausgangspunkt für die Verwaltungsmodernisierung kann somit die elektronische Akte sein. Weiter führende Informationen sind hier [REDACTED] zu finden.

3.2 Leistungsbeschreibung

3.2.1 Optionale Lizenzen (gemäß Preisblatt 2)

Nach dem jeweiligen Abruf werden dem Auftraggeber die entsprechenden optionalen Lizenzen gemäß Preisblatt 2 bereitgestellt.

Folgende optionale Lizenzen sind verfügbar:

VIS Importdienst

Dient dem automatisierten Import von Dateien und Metadaten aus einem definierten Dateiverzeichnis oder aus einem definierten Mailpostfach in eine festgelegte Zielstruktur.

VIS Mobility Connector

Der VIS-Mobility Connector ist eine Nutzerlizenz für den MobileClient. Dies ist ein Offline Client, welcher die Arbeit an zuvor virtuell eingepackten Akten ermöglicht.

VIS Digitale Signatur Gov

Das Add-On Elektronische Signatur gibt dem Benutzer die Möglichkeit, beliebige Dateien im Inhalt von VIS-Dokumenten mit Hilfe einer entsprechenden Signaturkarte und PIN-Nummer rechtskräftig zu signieren.

VIS Aussonderung

Das Modul Aussonderung unterstützt den Transfer von abgeschlossenem Schriftgut in den passiven Datenbestand und den zwei- oder vierstufigen Aussonderungsprozess zur Abgabe von Schriftgut an die zuständige Archivbehörde.

Annotationsviewer

Anbringen von Annotationen. Es gibt die Möglichkeit, in unterschiedlichen Schriftfarben Markierungen anzubringen. Außerdem kann eine Kommentarfunktion genutzt werden.

Schwärzungstool

Schwärzen von sensiblen Daten im bereits in VIS abgelegten Dokument.

VIS Chronologischer Export

Beim chronologischen PDF-Export wird eine PDF-Datei mit dem Inhalt einer Akte oder eines Vorgangs generiert, die den besonderen Anforderungen der Justiz genügt. Der Export besteht aus:

- einem Inhaltsverzeichnis mit Angabe der Gesamtseitenzahl und Bezüge zu anderen Akten durch Angabe des Geschäftszeichens
- Deckblättern und dem Inhalt des Schriftguts in chronologischer Reihenfolge.

3.3 Abruf der optionalen Lizenzen

Der Abruf der jeweiligen Lizenzen erfolgt durch eine zur Beauftragung berechtigten Person gem. Anlage 1. Der Abruf kann formlos per eMail an den in der Anlage 1 genannten Ansprechpartner des Auftragnehmers erfolgen. Hier ist die Art und Menge der abzurufenden Lizenzen anzugeben. Abweichend zur grundsätzlichen Regelung gem. 3.2 kann hier ein Wunschtermin zum Lieferdatum angegeben werden, sofern dieser mehr als 30 Tage in der Zukunft liegt.

3.4 Abrechnungsmodalitäten

Die Rechnungsstellung erfolgt gemäß Anlage 2.

Vereinbarung zur Durchführung von Fernwartung

zwischen

Dataport
Anstalt des öffentlichen Rechts
Altenholzer Straße 10-14
24161 Altenholz

- nachfolgend Auftragnehmer genannt -

und der

Der Hamburgerische Beauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit
Ludwig-Erhard-Str. 22
20459 Hamburg

- nachfolgend Auftraggeber genannt -

1 Vereinbarungsgegenstand und Zweckbindung

In Ergänzung zu den bestehenden Pflegeverträgen ermöglicht der Auftraggeber dem Auftragnehmer und seinen Subunternehmern den Fernzugang zu dem Verfahren dE-Akte zur Durchführung von Fehleranalyse, Fehlerbereinigung und unterstützenden Tätigkeiten bei der Systemwartung.

2 Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

2.1 Einhaltung des Datenschutzes

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung, des schleswig-holsteinischen Landesdatenschutzgesetzes sowie weiterer Vorschriften zum Datenschutz. Fernwartungsarbeiten sind Auftragsverarbeitung und nur auf Veranlassung und im Rahmen schriftlicher Weisungen des Auftraggebers vorzunehmen.

Der Auftragnehmer hat seine Subunternehmer analog zur Einhaltung des Datenschutzes verpflichtet.

2.2 Datenverwendung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Daten, die ihm im Rahmen der Fernwartungsarbeiten bekannt werden, ausschließlich für Zwecke gem. Ziffer 1 zu verwenden. Eine Weitergabe von Informationen an Dritte bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftragnehmer hat nach Abschluss der Arbeiten alle Daten, die er vom Auftraggeber erhalten hat, zu

löschen bzw. an den Auftraggeber zurück zu geben. Dies gilt auch für eventuell dazu gehörende Papierunterlagen.

Der Auftragnehmer hat seine Subunternehmer analog zur Datenverwendung verpflichtet.

2.3 Datenübertragung

Es ist dem Auftragnehmer untersagt, Daten ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers auf andere Systeme außerhalb des Intranets des Auftraggebers zu übertragen. Die Übertragung von Daten und Programmen in das Intranet des Auftraggebers ist nur unter der Kontrolle des Auftraggebers erlaubt.

Der Auftragnehmer hat seine Subunternehmer analog zur Datenübertragung verpflichtet.

3 Technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen

3.1 Einwahl in das Intranet des Auftraggebers

Der Aufbau der Fernwartungsverbindung erfolgt durch die Mitarbeiter oder die Mitarbeiterinnen des Auftragnehmers. Zur Einwahl in das Intranet des Auftraggebers haben die Ansprechpartner des Auftragnehmers und des Auftraggebers telefonischen Kontakt aufzunehmen.

3.2 Zugang zu DV-Systemen im Intranet des Auftraggebers

Nach Anmeldung im Intranet des Auftraggebers hat der Auftragnehmer Zugriff auf die Systemumgebung des Auftraggebers. Der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin des Auftraggebers stellt die Verbindung zum Zielsystem her. Es ist dem Mitarbeiter oder der Mitarbeiterin des Auftragnehmers danach nicht gestattet, sich selbständig mit anderen Zielsystemen zu verbinden.

Die Support-Sitzung erfolgt nach den Weisungen des Auftraggebers. Die Einhaltung der Support-Richtlinien wird ggf. durch den Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin des Auftraggebers am Bildschirm überwacht. Der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin des Auftragnehmers hat den Anweisungen des Mitarbeiters oder der Mitarbeiterin des Auftraggebers Folge zu leisten.

Der Auftragnehmer sichert zu, dass er von den ihm eingeräumten Zugriffsrechten nur in dem für die Durchführung der Fernwartungsarbeiten gem. Ziffer 1 Vereinbarungsgegenstand notwendigen Umfang Gebrauch macht, sofern administrative Rechte eingeräumt werden.

4 Kontrolle durch den Auftraggeber

Der Auftraggeber hat die Möglichkeit die Fernwartungsaktivitäten zu protokollieren. Sofern das Tool des Auftragnehmers genutzt wird, wird die Sitzung protokolliert und der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber auf dessen Verlangen die Protokolle zur Verfügung.

Der Auftraggeber kann bei Vorliegen der technischen Voraussetzungen die Fernwartungsarbeiten auf einem Kontrollbildschirm verfolgen und diese jederzeit abbrechen. Für den Fall, dass Datenbestände mit personenbezogenen Inhalten in die Verfügungsgewalt des Auftragnehmers übergehen, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber das Recht ein, die Ordnungsmäßigkeit der Arbeiten zu kontrollieren.

5 Laufzeit

Diese Vereinbarung beginnt mit dessen Unterzeichnung und endet für das Fachverfahren **dE-Akte** zusammen mit dem EVB-IT-Vertrag V18704-1/2205000 sowie dessen Nachfolgeverträgen.

6 Schlussbestimmungen

Das Erfordernis einer schriftlichen Erklärung wird durch die Textform (z.B. E-Mail) gewahrt.

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Vereinbarungsbestimmungen und die Wirksamkeit der Vereinbarung im Ganzen nicht.

_____	_____	<u>Altenholz</u>	<u>, 04.04.2024</u>
Ort	Datum	Ort	Datum

